

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erzheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zlot. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

**Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowiz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.**

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 5-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

**Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2**  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 20

Sonntag, den 5. Februar 1933

51. Jahrgang

## Was die Woche brachte

Die Haushaltsdebatten in Warschau sind zu Ende. Sie brachten, was der Anfang nicht vermuten ließ, manch spannendes Moment, und schloßen schließlich mit einem Nachspiel ab. Der Handelsminister hatte den polnischen Aufsichtsräten der oberschlesischen Industrie den Vorwurf gemacht, sie hätten die polnischen Interessen nicht genügend vertreten. Ihm ist das erste Resultat der Polonisierung in Oberschlesien noch zu gering und er bezeichnete deshalb die Aufsichtsräte als Lumpen. Von den hohen Herren fühlte sich Fürst Radziwiłł betroffen und er verlangte Genugtuung. Zuerst konnte es scheinen, als koste die Sache einen Ministerlopp. Man sprach schon von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers Jarzycki. Schließlich zeigte es sich, daß die Sanacja nicht so heiß zu essen pflegt, wie sie tocht. Es kam zur Versöhnung. Jarzycki sowohl als auch Fürst Radziwiłł gaben Erklärungen ab, die viel erklärten, vor allem natürlich, daß man sich gegenseitig doch nicht beißen wolle und deshalb die Ehre als wieder hergestellt betrachte. Eines wurde dabei nicht erklärt, nämlich, wie man es mit der Polonisierung der oberschlesischen Industrie fernher zu halten gedenkt. Das Angeklärte ist für die Oberschlesier dennoch klar: es wird weiter polonisiert.

Zu dieser Angelegenheit paßt die Rede des Außenministers Bed, gehalten im Völkerbundrat gelegentlich der Verhandlungen über die Beschwerde der Deutschen in Polen wegen der Agrarreform. Darnach ist die starke Heranziehung deutscher Grundbesitzer zu Parzellierungszwecken lediglich eine Maßnahme zur Demokratisierung der Landwirtschaft und hat nur wirtschaftlichen und sozialen Charakter. Deutscherseits werde die Angelegenheit zu politischen Zwecken ausgenützt und auch um Privilegien für eine gewisse Gruppe von Staatsbürgern zu erkämpfen. Ueber die deutsche Beschwerde, die sich in Genf nicht durchsetzen konnte, wird nun der Haag entscheiden.

Die Lage im Deutschen Reich hat neue Formen angenommen. Hitler ist Kanzler geworden, unjubeit von den einen, bekämpft von den andern. Der Umstand, daß ein großer Teil des Volkes positiv zur Regierung steht, könnte als Fortschritt gewertet werden. Leider hat sich in bezug auf den Kampf auf der Straße nichts geändert. Der Revolver blieb in Schwung, und wenn man überhaupt von einer Aenderung sprechen kann, so ist sie eher zum Schlechteren als zum Besseren. Geradezu stündlich treffen Meldungen über Kämpfe und Schießereien in irgend einem Teile des Reiches ein. Die neue Regierung hat in Moskau begreiflicherweise keinen guten Eindruck hervorgerufen und man bezieht sich von dorther das deutsche Proletariat aufzurufen, eine Barriere gegen die „reaktionäre“ Regierung zu bilden.

Indessen hat das neue Kabinett den Kampf mit dem Zentrum zu führen. Die Verhandlungen mit dem Prälaten Kaas haben zu keinem positiven Resultat geführt. Die Folge ist die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung von Neuwahlen. Das deutsche Volk hat also wieder einmal, wie schon so oft in der letzten Zeit, Gelegenheit, seinen Willen an der Urne zu bekunden. Wird es diesmal seine Entscheidung klar und deutlich treffen? Niemand vermag es zu sagen, doch ist anzunehmen, daß die Nationalsozialisten alle Chancen ausnützen werden, um die Mehrheit zu erlangen. Die Haltung des Zentrums hat diese Wahlen notwendig gemacht, der Wahlausgang wird zeigen, ob es seine Rolle als Jüngling an der Wage beibehalten kann oder nicht. Angesichts der Begeisterung, die gegenwärtig für Hitler herrscht, scheint es nicht unmöglich zu sein, daß die Regierung die Mehrheit erhält, um so mehr, als ihr nach dem gegenwärtigen Stande im Reichstag nur 23 Stimmen fehlen.

Mit Schwierigkeiten zu kämpfen, hat auch die neue Regierung in Paris. Sie ist kaum erst gebildet und schon spricht man von ihrem Sturz. Die Schwelle, über die Daladier stolpern kann, bildet das Budget, um das derzeit in Frankreich heiß gekämpft wird. Der Kampf spielt sich nicht nur im Parlament ab, sondern auch vor der Öffentlichkeit des ganzen Landes. Die Regierung treibt dem Anscheine nach ein gewagtes Spiel. Gewisse Kreise wollen das Volk davon überzeugen, daß der Fehlbetrag im Haushalt nicht zwölf Milliarden Franken betrage, sondern nur sechs. Wahrscheinlich handelt es sich um ein Manöver, das darauf berechnet ist, die Lage vorläufig zu verschleiern. Die Folge müßte naturgemäß sein, daß das Defizit sich im nachhinein doch in seiner ganzen Größe zeigen würde. Dadurch könnte sich die wirtschaftliche Lage nur in rascherem Tempo verschlechtern. Ob die Kammer sich durch diesen Kniff wird täuschen lassen, ist mehr als fraglich. Eher ist zu erwarten, daß die Regierung zu allen Teufeln gejagt wird.

Es heißt also auch hier, ähnlich wie in Deutschland, abwarten. Die Welt ist gegenwärtig ohnehin aufs Warfen eingestellt. Man wartet im Augenblick auf das Schicksal Daladiers, auf den Ausgang der Reichstagswahlen, auf die großen Konferenzen und nicht zuletzt auf den Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Europa wartet auf Roosevelt und Amerika noch mehr. Die wirtschaftliche Lage hat sich wieder verschlechtert. Die Preise sind gesunken und stehen auf einem Niveau, wie etwa vor einem halben Jahre. Die Arbeitslosigkeit steigt auch in Amerika wieder einmal bedrohlich an. Damit verbindet sich das Defizit im

## Budgetberatungen in Warschau

**Scharfe Kritik der Opposition — Eine halbe Million Defizit? Sympathieundgebungen für die Brester Verurteilten**

Warschau. Der Sejm trat am Freitag zur Beratung des polnischen Haushalts zusammen. Bekanntlich ist schon in einer der früheren Sitzungen beschlossen worden, daß die Debatte in wenigen Tagen beendet sein muß den einzelnen Fraktionen ist eine beschränkte Redezeit gewährt worden. Wieder stehen sich die Gegenläufe hart gegenüber. Die Regierungsvertreter und das Sanacjalager sind der Ueberzeugung, daß das Budget durchaus real sei, wenn auch die Defizite 350 Millionen betragen, die aus Ersparnissen und Reserven gedeckt werden sollen. Namens der Opposition erklärt Abg. Rybarski als erster, daß das Budget ein Defizit von mehr als einer halben Milliarde enthalte u. die Deckung durchaus nicht so gesichert sei, wie es der Abg. des Regierungslagers darzulegen versuche. Redner übt dann am Gebaren der Kapitalinvestition in der oberschlesischen Industrie Kritik und ist der Ansicht, daß die Regierung hier nicht die Interessen des polnischen Staates genügend gewahrt habe. Abg. Czajkowski von der P. P. S. stellt fest, daß sich sowohl die Regierung, als auch der Regierungsbildung herzlich wenig um die Arbeitslosigkeit und die Sozialbeschaffung kümmert, man hält eben die ganze Geschichte der Arbeiternot für erloschen, nachdem man gerade diese Budgets in den Vorberatungen im Eiltempo „bewilligt“ habe. Es schien als wenn der Minister Jarzycki recht gründlich mit der Wirtschaft bei den Kartellen aufräumen wollte, er machte auch bei der oberschlesischen Industrie gegen die eigenen Freunde einen Vorstoß, der aber mit einem Schlag geheimnisvoll hinter den Kulissen irgendwie „gereselt“ worden ist. Im Zusammenhang mit dem Brester Prozeß habe man sehr viele Beamten besonders bedacht, eine Aufklärung über die dortigen Vorgänge fehlt immer noch. Von der Sejmtribüne erklärt Abg. Czajkowski, daß sich die Opposition nach wie vor mit den Handlungen der Brester Gefangenen solidarisiert. Einen großen Umfang der Kritik nehmen auch die Vorgänge bei der Steuerberatung des Prinzen von Pleß ein, womit Abg.

Czajkowski auf gewisse Korruptionen im Sanierungsstapel hinweisen will. Mit Hochrufen auf die Brester Gefangenen schloß Redner seine Ausführungen.

Damit war die Debatte abgeschlossen, die Fortsetzung erfolgt am Sonnabend.



**Französischer Staatsmann fordert Revision des Versailler Vertrages**  
Pierre Cot, der in letzter Zeit vielgenannte Unterstaatssekretär im französischen Auswärtigen Amt, will in Genf die Ernennung einer Kommission durch den Völkerbund vorschlagen, der die Aufgabe zukommt, sich über die „Opportunität“ der Revision auszusprechen.

## Das französische Regierungsprogramm

**Sichere Kammermehrheit für Daladier — Finanzsanierung im Vordergrund**

Paris. Die französische Kammer hat der neuen Regierung Daladiers nach Abschluß der Aussprache über die allgemeine Politik mit 370 gegen 200 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Paris. Die neue französische Regierung stellte sich am Freitag der Kammer und dem Senat vor. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Daladier verlas, war nur kurz und enthielt keinerlei genaue Hinweise auf die Absichten der Regierung. Sie beschränkte sich vielmehr darauf, auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes und der Staatsautorität hinzuweisen. Zugleich wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß es nicht gelungen sei, die Sozialisten zur Mitverantwortung zu bewegen. Auch die außenpolitischen Fragen sind nur ganz kurz gestreift.

Im einzelnen wird in der Regierungserklärung einleitend auf die Wirtschafts- und Finanzkrise hingewiesen, die durch eine ehrsüchtige Durchführung des parlamentarischen Regimes und eine aufrichtige Zusammenarbeit aller Kräfte überwunden werden müsse. Die Regierung habe die Absicht, unverzüglich ein Mindestmaß an notwendigen Reformen durchzuführen. Das Finanzprogramm werde der Steuerfähigkeit der Erzeuger

Rechnung tragen und sehr neue Einsparungen vor. Steuerhinterziehungen würden mit aller Schärfe bestraft werden. Die Regierung werde am Dienstag das Finanzprogramm einbringen und die Annahme des Haushaltsplanes mit der Vertrauensfrage verbinden.

In außenpolitischer Hinsicht werde die Regierung um den internationalen Frieden besorgt sein. Die Regierung wolle die Sicherheit, die Sicherheit Frankreichs und die Sicherheit aller Völker, die bei gleichen Rechten auch gleiche Pflichten haben müßte. Ohne die gebe es kein Vertrauen in der Welt, keine wirtschaftliche Wiederaufrichtung, keinen nützlichen Abrüstungsplan und noch weniger eine allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit.

Im Senat wurde die Regierungserklärung vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister verlesen. Der Vizepräsident, der von der Wiederherstellung der Staatsautorität handelte, wurde mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen. Die Sitzung wurde nach der Verlesung für kurze Zeit unterbrochen und sodann zur Tagesordnung übergegangen. Eine Abstimmung ebenso wie eine politische Aussprache über das Regierungsprogramm erfolgten nicht.

## Scharfe amerikanische Kritik am Völkerbund

Washington. Der republikanische Abgeordnete Tamm forderte im Kongreß die Einleitung einer Untersuchung der politischen Tätigkeit der Carnegie-Gesellschaft und des Rockefeller-Instituts. Er erklärte, der Völkerbund existiere nur zur Durchführung des Versailler Vertrages, eines Vertrages, der Haß säe, zur Unterdrückung diene und ein Chaos hervorbringe. Das Haager Schiedsgericht sei lediglich ein politisches Instrument und ein Agent bzw. Diener des Völkerbundes. Zum Schluß seiner Rede forderte Tamm ein Verbot aller unbedingten internationalen pazifistischen Organisationen.

## Beschärfte Streiklage in Irland

Dublin. Der Eisenbahnerstreik im irischen Freistaat und Ulster hat bedenkliche Ausmaße angenommen. Insgesamt streiken 10.000 Eisenbahner und Omnibusangestellte. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist Militär eingesetzt worden. U. a. wurde ein Ueberlandomnibus von bewaffneten Männern überfallen.

Haushalt auch in der neuen Welt, so daß man dort wieder einmal von einer Reflation spricht, die nötig wäre. Man versteht unter diesem Wort dasselbe, was wir unter Inflation zu verstehen gewohnt sind. Die tüchtigsten Männer des Parlaments, darunter auch der bekannte Senator Borah sind für die Reflation. Roosevelt hält sich derzeit noch in Schweigen. Vor kurzem erwies er sich als Gegner. Wollte er doch auch England dazu bewegen, zum Goldstandard zurückzukehren. England winkte jedoch ab. Es fühlt sich bei dem elastischen Kurs des Pfundes wohler. Dort wächst sogar die Zahl der Anhänger derer, die das Pfund noch mehr entwerten möchten, damit die Preise steigen. Dieses englische Vorbild reizt nun Amerika. Es möchte nicht zurückbleiben, besonders da es unter der englischen Valuta zu leiden hat. Für England wäre es ein schwerer Schlag. Seine derzeitige Ueberlegenheit auf dem Weltmarkt verbandt es geradezu seiner schlechten Valuta. Gehen die Amerikaner ebenfalls vom Goldstandard ab, so erwägt für England eine schwere Konkurrenz. Der Dollar könnte das Pfund verdrängen. Interessant dabei ist, daß man in England und Amerika die Absicht hat, die Krise mit Währungspolitik zu bekämpfen, da kein anderes Mittel mehr möglich erscheint.













